

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 4000 Mark. Einzelne Nummern 180 Mark.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anführungs-  
teile 400 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 800 M.,  
unter Eingeband 1000 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Stellunglisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß  
der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptgeschäftsführer Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 66

Montag, 19. März

1923

## Kein deutsches Vermittlungs- verlangen an Amerika.

Paris, 18. März.  
Die Morgenpresse beschäftigt sich mit der gestrigen halbamtlichen Erklärung der französischen Regierung, daß sie nur direkte offizielle Vorschläge der deutschen Regierung annehmen werde. Es wäre keinem Zweifel unterlegen, daß die französische Regierung schon in dem Augenblicke, wo sie diese Erklärungen veröffentlichte, von dem deutschen Schritt in Washington unterrichtet war, und zwar offenbar falsch. Sie glaubte an ein Vermittlungsversuchen, aber das mußte heute zugeben, daß dieser Schritt demütig oder unbedeutend von der französischen Presse ebenso falsch gedeutet worden ist, wie der Besuch des deutschen Botschafters am Mittwoch im Foreign Office. Das stellt das weitere in folgendem gestern abend veröffentlichten Telegramm richtig, das Staatsdepartement habe bestätigt, daß sich der deutsche Botschaftsrat zum Staatsdepartement begeben und eine Note übermitteln habe, in der die Wünsche der deutschen Regierung klargelegt werden. Es werde offiziell erklärt, daß diese Note kein Vermittlungsverlangen enthalten habe und daß von den Vereinigten Staaten von Amerika keine Antwort gefordert werde. Es werde hinzugefügt, daß insolge dessen die Regierung nicht eingreifen, auf die Note nicht antworten und ihren Inhalt auch nicht der französischen Botschaft mitteilen werde.

Wie uns bestätigt wird, ist im Laufe der diplomatischen Unterhandlungen, die in den verschiedenen Hauptstädten seit Beginn der Diskussion gepflogen werden, der Standpunkt der Reichsregierung in den letzten Tagen erneut auch in London und Washington dargelegt worden. Die Meldung aus Washington, daß auch diese letzten deutschen Darlegungen wieder ein Ersuchen um Vermittlung noch sonstige Anträge enthalten haben, ist richtig.

## Die Tür für interalliierte Beratungen über die Sicherheit Frankreichs geöffnet.

London, 18. März.  
Der Pariser „Times“-Korrespondent schreibt: Es verlautet, die französische Regierung habe die britische Regierung befragt, ob sie geneigt sei, an Maßnahmen sich zu beteiligen, welche die deutschen Abzweckungsbedingungen des Friedensvertrages erzwingen sollen. Die „Times“ sagt, die Tür für interalliierte Beratungen über die Sicherheit Frankreichs sei nunmehr geöffnet.

## Ein Reichstagsabgeordneter als Geisels der Franzosen.

Worms, 18. März.  
Nach französischen Angaben ist in der Nacht zum Sonntag auf dem Eisenbahnhofs ein französischer Posten erschossen worden. Da die Franzosen annehmen, daß der Posten von einem Deutschen erschossen worden sei, haben sie heute als Geiseln folgende Herren verhaftet: Den Reichstagsabgeordneten Geheimrat Dr. Duag in seiner Eigenschaft als ehemaliger Syndikus der Handelskammer, Landgerichtspräsident Dr. Sollmer, ferner den Direktor der Essener Reichsbankstelle Fedoll sowie je einen Direktor der Essener Großbanken. Der stellvertretende Bürgermeister Bode wurde von den Franzosen gesucht, aber nicht gefunden.

## 25 Tote bei dem Eisenbahnunglück in Frieresheim.

Duisburg, 18. März.  
Bei dem Eisenbahnunglück bei Frieresheim in dicht hinter der Rheinbrücke, welche die beiden großen Rangierbahnhöfe Weiden auf dem rechten Rheinufer mit dem auf der linken Rheinseite gelegenen Bahnhof Hohenbudberg verbindet, sind nach den bisherigen Feststellungen 25 Personen ums Leben gekommen. Das Unglück stellt einen der schwersten Unfälle auf den militarisierten Strecken dar und hat den Franzosen neben dem Verlust an Menschen auch sehr großen Materialschaden gebracht.

## Unrichtigkeiten über Sachsens Finanzlage.

Durch die Presse geht ein mit Dr. O. B. gezeichneter Artikel unter der Überschrift „Sachsens Finanzlage“, der, durch Unrichtigkeiten und schiefen Darstellungen mangelhafter Art, ein völlig falsches Bild über Sachsens Finanzlage zu verbreiten geeignet ist. Als eines der Warnungssignale, die „das bevorstehende Ende“ andeuten sollen, hebt der Verfasser hervor, daß „die Staatskasse leer“ sei, daß vollge Ebbe herrsche.“  
Davon kann, wie wir von gutunterrichteter Seite erfahren, keine Rede sein. Die sächsische Staatskasse hat sich bisher noch immer als zahlungsfähig erwiesen. Wenn sie zu einer Kollisionsgrenze des Reiches insofern geworden ist, als das Reich ihr einen Teil der wiederholt vorgeschlagenen Erhöhungen der Beamtengehälter überweist, so ist dies nicht eine Eigenartlichkeit der sächsischen Staatskasse, die sie etwa als besonders bedürftig erscheinen lassen könnte, sondern das Reich hat für sämtliche Länder und Gemeinden Deutschlands einen Teil seiner Besoldungsübertragungen in Form von Zuschüssen zu zahlen übernommen. Der Entwurf des Abänderungsgegesetzes zum Landeshaushaltsgesetz sieht vor, daß diese Zuschüsse vom 1. April 1923 an in Zukunft umgewandelt werden sollen.

Daß die Einführung der neuen Grund- und Gewerbesteuer mit dem Reich vereinbart wurde, verursacht, soll dem Verfasser zugegeben werden. Arbeit und Kosten sind indes mit jeder Verantwortung einer Steuer von jeder verbunden gewesen. Darüber aber, ob und wie der Ertrag dieser Steuern noch zu steigern sein wird, hat der Landtag das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Völlig verfehlt ist, was der Verfasser über die vom Staate Sachsen aufgelegten Kohlenwertanleihen mitteilt. Wie bekannt, ist die erste Emission dieser Anleihe nicht weniger als zweifach überzeichnet worden, sicher der beste Beweis, welches Vertrauen auch heute noch wieder in ganz Deutschland der Wirtschaftskraft unseres Landes entgegenbringen. Und dieses Vertrauen ist in vollster Höhe gerechtfertigt; denn die zur Aufhebung der neuen Anleihen war Sachsen von hundertern Schulden frei, während es auf der Aktivseite seines Vermögenshaushalts ganz enorme Werte zu buchen vermog. Es braucht nur an die Kohlenwerke in Dörfel und Böhlen, deren Wert, nach dem Geldstande von Anfang Dezember 1922, allein mindestens 26 Milliarden Mark betrug, an den Riesenschatz von Kohlenfeldern — allein Braunkohlenfeldern von dreieinhalb Milliarden Tonnen Braunkohlen — an die sächsischen Elektrizitätswerke deren Wert, nach dem Stande vom Anfang Dezember 1922, auf 35 Milliarden M. veranschlagt war, an den rund 180 000 Hektar großen sächsischen Waldbesitz, der jährlich einen Verholungserschlag von rund 500 000 Festmeter liefert, an die Staatsgüter sowie die sonstigen laufmännlich geleiteten und durchweg mit Gewinn arbeitenden staatlichen gewerblichen Unternehmungen, z. B. die Hüttenwerke in Freiberg, das Blausäurewerk Oberschlema, die Porzellanmanufaktur in Meißen, das Steinkohlenwerk Janderode, die Kalkwerke, sowie an die Betreibungen des Staates an Erwerbsgesellschaften, wie an der Elektro-Aktiengesellschaft in Dresden und an der Steinkohlengewerkschaft Gottes-Segen in Lugau, erinnert zu werden. Daß die beiden ersten Ausgaben der Kohlenanleihe im Ertrage von rund 7½ Milliarden M. auf Heller und Pfennig von den Kohlen- und Elektrizitätsunternehmungen des Staates verschlungen worden sind und der allgemeinen Staatsverwaltung davon nichts zugeführt werden konnte, erfüllt den Verfasser des Artikels mit Erschrecken, obwohl die Anleihen, wie er sich aus dem Anleiheprospekt leicht hätte überzeugen können, ausdrücklich zu dem Zwecke aufgenommen worden sind, die staatlichen Kohlen- und Elektrizitätsunternehmungen damit weiter zu finanzieren. Die Hauptsache ist, daß die eingegangenen Anleihegelder durch sofortige Bestellungen in gelieferte Stoffe umgesetzt und damit werthständig angelegt worden sind. Wie angeführt dessen der Verfasser zu der Behauptung kommt, daß die Anleihen „bis jetzt dem Staate keinen Nutzen“ eingebracht hätten, ist völlig unrichtig. Eine Rückzahlung der Anleihen beginnt erst vom Jahre

1927 an. Wie dann unsere wirtschaftlichen Verhältnisse liegen werden: ob dann der Staat die Anleihebeträge in höheren oder niedrigeren Geldbeträgen zurückzahlen haben wird und, was es sehr wesentlich mit ankommt, welchen Wert dann die mit den Anleihegebern geschlossenen Sachgüter für den Staat haben werden, kann heute kein Mensch voraussagen. Vorher aber kann weder von einem Gewinn noch von einem Verlust des Staates aus seinen Anleihen gesprochen werden.

Obwohl es sehr bedauerlich ist, daß die sächsische Wählermeinung über die Verzinsung der Anleihen. Seiner Mitteilung nach, werden allein über 600 Proz. der eingezahlten Kapitalsumme für die Verzinsung aufzubringen sein. Rechnen schwach! Selbst wenn seit der Ausbringung der Anleihen eine Kohlenpreiserhöhung um 100 Proz. eingetreten wäre — der Verfasser rechnet mit einer solchen nur in Höhe von 90 Proz. — und es bei dieser Erhöhung bis zum Schluß des Jahres 1923 verbliebe, läme für den Staat eine Erhöhung der Verzinsung nur um 2 Proz. in Betracht. Denn bekanntlich ist die Anleihe mit 5 Proz. fest und mit 2 Proz. beweglich (nach dem Kohlenpreis) verzinslich. Daß der Kurs werthständiger Anleihen den wirtschaftlichen Verhältnissen sich anpaßt und dementsprechend variiert, ist in gerade im Wesen der werthständigen Anleihe begründet, und niemals ist sich die sächsische Regierung wie der Landtag darüber im Zweifel gewesen, daß mit der Emission solcher Anleihen ein gewisses Risiko für den Staat verbunden ist. Dieses Risiko ist aber vom sächsischen Staat übernommen worden, um seine wirtschaftlichen Unternehmungen, deren Erträge, insbesondere an Kohlen, später der gesamten deutschen Wirtschaft zugute kommen zu können. Im übrigen teilt der sächsische Staat dieses Risiko mit allen Ländern, Gemeinden und anderen öffentlichen und privaten Körperschaften, die in letzter Zeit werthständige Anleihen auf den Markt gebracht haben.

Auch insoweit ist der Verfasser schlecht unterrichtet, als er schreibt, daß die Zeichnungen für die dritte Kohlenwertanleihe schlecht eingegangen seien. Das ist durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil: die Zeichnungen sind trotz der Ungunst der inzwischen eingetretenen Verhältnisse (Verdoppelung des Kohlenpreises, Emission zahlreicher anderer werthständiger Anleihen, Ausgabe der Goldschapanweisung des Reichs, Weiterausbreitung des Ruhrereignisses, Gerüchte über künftige Herabsetzung des Kohlenpreises) aber Erwartung gut eingegangen. Erwartungen, dahingehend, daß auch diesmal eine vielfache Überzeichnung, wie bei der ersten Anleihe, statthaben werde, haben an den maßgebenden Stellen niemals bestanden. Von enttäuschten Hoffnungen kann also gar keine Rede sein.

Daß die vom Staate unternommenen Neubauten, wie diejenigen an der Tierärztlichen Hochschule, an der Professorenbildung und der Universitätsfrauenklinik in Leipzig, an der Chemischen Abteilung der Dresdner Technischen Hochschule usw., größere Summen verschlingen, als ursprünglich veranschlagt war, kann, bei der fortgeschrittenen Geldentwertung, wohl nur dem Verfasser verwunderlich erscheinen. Wenn diese Mehrausgaben in den Einnahmen des Staates nicht allenthalben Deckung finden, und der Staatshaushaltplan mit einem Fehlbetrag abschließt, so ist dies gewiß eine bedauerliche Erscheinung, die liegt aber zum Teil in unserer gesamten Wirtschaftslage und dem Übergang der Steuerhoheit auf das Reich begründet und ist für Sachsen keine Besonderheit, da alle Länder und fast alle Gemeinden zurzeit Fehlbeträge in ihren Haushalten aufweisen, den größten Fehlbetrag aber das Reich, trotzdem auf dieses die ertragreichsten Steuern übergegangen sind. Jedenfalls rechtfertigt dieser Umstand in keiner Weise die leichtfertige Behauptung des Artikelschreibers, daß in Sachsen „eine geordnete Finanzwirtschaft, eine aktive Finanzpolitik aufgehört habe“. Sachsen hat im letzten Deutschland, und die von ihm aufgenommenen Anleihen sind auf Vermögenswerten fundiert, wie sie die anderen Länder kaum größer aufzuweisen haben.

## Ein neuer Mord in Essen.

Essen, 18. März.  
In der Nacht gegen 1/3 Uhr ist in der Hertalesstraße in Essen der Buchdrucker Kurt Schulte von französischen Soldaten durch einen Kopfschuß schwer verletzt worden. Schulte ist heute nachmittag seiner Verletzung erlegen.

Zur Erschießung des Buchdruckermeisters Kurt Schulte, der im 38. Lebensjahre steht, erfuhren wir folgende Einzelheiten: Gegen 3 Uhr nachts wurde die Feuerweh nach der Hertalesstraße in Essen alarmiert. Dort fand sie einen deutschen Postanten mit einem Schuß im Hinterkopf anscheinend tot auf der Straße. Ein Augenzeuge sagte aus, daß er gesehen habe, wie der Deutsche die Straße entlang lief, verfolgt von drei Franzosen, die auf ihn geschossen hätten. Der Mann sei hingefällt. Die Franzosen hätten sich dem Erschossenen angezehen und seien dann fortgegangen. Als die Feuerweh mit dem Krankenwagen den scheinbar Toten abholen wollte, kam eine französische Patrouille unter Führung eines Offiziers, der erklärte, der Erschossene hätte vorher einen französischen Koch im Keller des Handelshofes durch einen Revolvererschuß verwundet. Der Erschossene sei bestimmt der Täter. Schulte wurde auf Anordnung des französischen Offiziers in Begleitung zweier deutscher Kriminalbeamten und eines deutschen Arztes nach dem Krankenhaus gebracht, dem Gebäude der Postkommandantur, wo man noch Lebenszeichen an ihm entdeckte. Darauf wurde er in die sächsische Krankenanstalt übergeführt, wo er heute nachmittag seiner Verletzung erlegen ist.

## Die Ermordung Burchhoffs und Wittershagens.

Duer, 18. März.  
Oberbürgermeister Zimmermann und Sparkassendirektor Pöppinghaus, die als Geiseln festgehalten wurden, sind vorgehens wieder freigelassen worden. General Laignelot in Reddinghausen erklärte ihnen, die Untersuchung in der Angelegenheit der Ermordung der beiden französischen Offiziere hätte ergeben, daß die Stadt und die Bevölkerung kein Verschulden treffe. Die Spuren führten nach der Schulpögel. Die mutmaßlichen Täter seien gefast, es handele sich um den Kriminalpolizeibeamten Burchhoff und den Elektromonteur Wittershagen. Beide seien auf dem Wege zum Gefängnis in Reddinghausen in der Nähe eines kleinen Wäldchens zwischen Duer und Wefelsholt bei einem Fluchtversuch von französischen Geiseln erwischt worden. Die weiteren französischen Ermittlungen seien dadurch sehr erschwert, würden aber fortgesetzt.

Diese französische Darstellung ist ein unrichtiges Bild der tatsächlichen Verhältnisse. Einmal sagen die Franzosen, die Wälder seien in den Reihen der Schulpögel zu suchen, und melden in demselben Atemzuge einen Kriminalbeamten und einen Zivilisten, die zur Schupo in feinerlei Beziehung stehen, als Täter. Das Klischee des Herrn Burchhoff ist einwandfrei festgestellt. Der Kriminalbeamte hat sich am Wochtag dauernd im Stabteil Duer-Grie aufgehalten, der vom Tatort mehrere Kilometer entfernt ist. Nach eidlichen Feststellungen hat der Beamte von abends 9 Uhr bis um 11 Uhr in der Wirtschaft „Jorhoh“ in Duer-Grie mit mehreren Beamten Stat gespielt. Der Monteur Wittershagen hat von der Wochtag erst am Morgen darauf erfahren. Wie einmütlich wurde der Kriminalbeamte von den Franzosen festgenommen, weil er von landfremdem Geiseln finanziert worden war, nachdem er sie abends nach dem Verlassen der Wirtschaft zur Ruhe gewiesen hatte. Wittershagen wurde verhaftet, weil er das Unglück hatte, mit Burchhoff in demselben Hause zu wohnen, und dieser sich bei ihm vor den französischen Offizieren vertheidigt hatte. Es ist unrichtig, wenn die Franzosen behaupten, die beiden seien bei einem Fluchtversuch in einem